

ANTRAG

Antragsteller*in: *Bundesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *14.2 Leitantrag des Bundesvorstands*

LA: Das Rezept heißt Freiheit

Antragstext

1 Das österreichische Gesundheitssystem zählt auf dem Papier zu den besten der
2 Welt. Es wird mit hohen finanziellen Mitteln ausgestattet, es verfügt über eine
3 dichte Spitalslandschaft, und viele Menschen fühlen sich grundsätzlich gut
4 versorgt. Doch es ist ein System, das von Ineffizienz und Intransparenz geprägt
5 ist.

6 Ein Kernproblem liegt in der Zersplitterung der Zuständigkeiten. Bund, Länder
7 und Sozialversicherungsträger schieben sich die Verantwortung gegenseitig zu.
8 Während der Bund die Sozialversicherung kontrolliert, die Länder die Spitäler
9 betreiben und die Gemeinden vielfach für Gesundheitsinfrastruktur zuständig
10 sind, bleibt am Ende unklar, wer tatsächlich Verantwortung trägt. Patientinnen
11 und Patienten werden zwischen den Systemen hin- und hergeschoben, während die
12 Kosten explodieren.

13 Effizienz und Innovation sollten Leitwerte liberaler Gesundheitspolitik sein.
14 Österreichs Gesundheitssystem leidet unter überholten Strukturen. Wir leisten
15 uns zu viele kleine Spitäler, die nicht ausgelastet sind, während wir in der
16 Primärversorgung am Land große Lücken haben. Wir investieren zu wenig in
17 Digitalisierung und verschlafen internationale Trends. Länder wie Dänemark
18 zeigen, dass eine moderne Gesundheitsversorgung mit weniger Spitälern, aber mehr
19 Ambulanzen und starken regionalen Zentren nicht nur günstiger, sondern auch
20 qualitativ besser sein kann.

21 Transparenz und Nachhaltigkeit sind die Grundpfeiler eines Systems, das
22 Vertrauen schafft. Nur wenn die Menschen wissen, wohin ihre Beiträge fließen,
23 und nachvollziehen können, wer wofür zuständig ist, können Reformen Akzeptanz
24 finden. Ein nachhaltiges System muss finanzierbar bleiben, anstatt Schuldenberge
25 auf künftige Generationen zu verschieben. Eine liberale Gesundheitspolitik muss
26 Nachhaltigkeit auch finanziell denken: Sie darf nicht kurzfristig populäre

Lösungen finanzieren, sondern muss Strukturen schaffen, die dauerhaft finanzierbar sind und den kommenden Generationen Spielraum lassen. Nur so können wir eine hochwertige Versorgung sichern, ohne die Jugend mit den Folgen heutiger Versäumnisse zu belasten.

Und vor allem: Prävention muss Vorrang haben. Es ist absurd, dass Österreich pro Jahr Milliarden in Spitalsaufenthalte investiert, aber vergleichsweise wenig in Prävention steckt. Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen, ist nicht nur humaner, sondern auch volkswirtschaftlich günstiger.

Strukturreformen und Kompetenzentflechtung

Das größte Problem unseres Gesundheitssystems ist das föderale Kompetenzwirrwarr. Bund, Länder, Sozialversicherungsträger und auch viele Gemeinden teilen sich Zuständigkeiten so auf, dass am Ende niemand verantwortlich ist. Diese Aufsplittung führt dazu, dass Kosten und Verantwortung zwischen allen Ebenen hin- und hergeschoben werden.

Dieses System ist nicht reformfähig, solange die Verantwortlichkeiten so zersplittert bleiben. Es braucht eine klare Kompetenzentflechtung. Der Bund muss die übergeordnete Steuerung und Finanzierung der Gesundheitsversorgung übernehmen. Die Länder sollen in klar definierter Weise die Umsetzung und den Betrieb übernehmen, während Gemeinden sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die sie tatsächlich effizient erbringen können, wie Präventions- oder Sozialdienste. Alle Ebenen brauchen eindeutige Zuständigkeiten und transparente Finanzströme, damit Verantwortung nicht länger verschleiert, sondern übernommen wird

Ein zentrales Element dabei ist die **Finanzierung aus einer Hand**. Heute wird versucht, Patientinnen und Patienten zwischen ambulanter und stationärer Versorgung hin- und herzuschieben, weil unterschiedliche Kostenträger zuständig sind. Das führt nicht nur zu Ineffizienz, sondern oft auch zu schlechterer Versorgung. Wenn aber dieselbe Institution für beide Bereiche verantwortlich ist, wird es im Interesse der Finanzierer liegen, die sinnvollste und kostengünstigste Lösung zu wählen – und das ist fast immer die ambulante.

Darüber hinaus muss ein österreichweiter **Risikostrukturausgleich** eingeführt werden. Noch immer hängen Leistungen und Versorgungsschwerpunkte davon ab, in welchem Bundesland oder bei welcher Kasse man versichert ist. Das widerspricht dem Grundgedanken eines solidarischen Gesundheitssystems. Ein einheitlicher Ausgleichsmechanismus stellt sicher, dass die Versorgung unabhängig von Wohnort gleich ist und niemand benachteiligt wird.

Eine weitere Schwachstelle ist die **Zersplitterung der gesetzlichen Sozialversicherungsträger**. Die derzeitige Vielzahl von Trägern mit unterschiedlichen Strukturen und Leistungen ist nicht zeitgemäß. Wir fordern ihre Zusammenlegung zu einer einheitlichen Krankenkasse. Damit wird nicht nur Bürokratie abgebaut, sondern auch Transparenz geschaffen. Jede und jeder Versicherte weiß dann, welche Leistungen ihm oder ihr zustehen – ohne Unterschiede zwischen Angestellten, Selbständigen oder Beamten.

Und schließlich braucht es mehr **Transparenz in der Mittelverwendung**. Heute ist für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar, wie Milliarden im System verteilt werden. Die Vermischung von Mitteln aus Bund, Ländern und Krankenkassen macht es unmöglich, die tatsächliche Effizienz einzelner Bereiche zu bewerten. Ein transparentes, klar strukturiertes Finanzierungsmodell würde nicht nur Vertrauen schaffen, sondern auch Reformdruck erzeugen.

Kurz gesagt: Das derzeitige föderale Geflecht ist ein System permanenter Verantwortungslosigkeit. Wir JUNOS stehen für ein Gesundheitssystem, in dem Zuständigkeiten klar geregelt sind, Geld und Verantwortung aus einer Hand kommen und österreichweit gleiche Standards gelten. Nur so kann aus einem ineffizienten Flickenteppich endlich ein modernes, chancengerechtes Gesundheitssystem werden.

Versorgung in Stadt und Land

Besonders deutlich zeigt sich die Schieflage des Systems bei der Versorgung am Land. Während in Ballungsräumen Ärztinnen und Ärzte in hoher Zahl vorhanden sind, kämpfen ländliche Regionen mit massiven Engpässen. Heute ist es vielerorts einfacher, binnen weniger Tage einen Termin in einer Privatordination in Wien zu bekommen, als am Land einen Kassenarzt zu finden. Das ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch eine Gefahr für die Attraktivität des ländlichen Raums. Wer sich dort nicht versorgt fühlt, wandert ab – und die Spirale der Unterversorgung dreht sich weiter.

Die Zukunft der Gesundheitsversorgung am Land liegt nicht im Festhalten an einer Vielzahl kleiner Spitäler, die unterausgelastet und teuer sind. Österreich hat gemessen an der Bevölkerungszahl fast doppelt so viele Spitalsbetten wie der OECD-Schnitt, aber keine besseren Ergebnisse. Stattdessen braucht es leistungsfähige regionale Gesundheitszentren, die verschiedene Fachrichtungen bündeln und eng mit Primärversorgungseinheiten zusammenarbeiten. Diese PVEs müssen interdisziplinär organisiert sein: Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Psychologinnen und Psychologen sollen gemeinsam unter einem Dach arbeiten. Dänemark hat vorgemacht, wie eine Reduktion der Spitalsanzahl mit gleichzeitiger Verbesserung der Versorgung gelingen

kann.^[11] Österreich muss diesem Beispiel folgen und Mut zur Strukturänderung beweisen.

Darüber hinaus braucht es neue mobile und digitale Angebote. Beispielsweise kann eine gezielte Nutzung von Telemedizin dazu beitragen, Versorgungslücken zu schließen. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit, um Menschen auch abseits der Ballungszentren gleichwertig zu versorgen. Gerade für chronisch Kranke, die regelmäßig Kontrolltermine benötigen, können digitale Lösungen eine enorme Entlastung darstellen.

Ambulant vor stationär und Digitalisierung

Österreich leistet sich eine der höchsten Spitalsdichten Europas^[12], ohne dadurch bessere Ergebnisse zu erzielen. Die Zahl der Spitalsaufenthalte liegt weit über dem OECD-Schnitt^[13], während gleichzeitig die durchschnittliche Aufenthaltsdauer kaum sinkt. Das ist ineffizient und teuer. Wir fordern daher eine echte Neuausrichtung: Ambulante Versorgung muss Vorrang haben. Wer nicht zwingend stationär behandelt werden muss, soll ambulant versorgt werden.

Dazu braucht es Investitionen in Tageskliniken, Ambulanzen und die Vernetzung von Hausärztinnen und Fachärzten. Stationäre Spitalsaufenthalte sollen auf Notfälle und hochkomplexe Eingriffe beschränkt werden. Dieser Paradigmenwechsel ist nicht nur kosteneffizient, sondern auch patientenfreundlich, weil Menschen schneller wieder in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren können.

Ein liberal gedachtes Gesundheitssystem muss auch die richtige Balance zwischen niederschwelligem Zugang und verantwortungsvollem Umgang mit Ressourcen finden. In Österreich sind Spitalsambulanzen oft die erste Anlaufstelle, auch für Fälle, die in einer Ordination oder einem Primärversorgungszentrum kostengünstiger und patientenfreundlicher behandelt werden könnten. Diese Fehlsteuerung überlastet Ambulanzen und bindet Personal, das für echte Notfälle gebraucht wird. Wir JUNOS sprechen uns daher für Ambulanzgebühren aus: Wer ohne akuten Notfall eine Spitalsambulanz in Anspruch nimmt, soll einen moderaten Kostenbeitrag leisten.

Das österreichische Gesundheitssystem leidet nicht nur unter ineffizienten Strukturen, sondern auch unter einem Mangel an sinnvoller Datennutzung. Weder existiert ein umfassender Überblick darüber, welche Krankheiten in welcher Häufigkeit auftreten, noch stehen behandelnden Ärztinnen und Ärzten konsistente Informationen über Krankheitsverläufe und chronische Leiden zur Verfügung. Diese Informationslücken führen zu unnötiger Bürokratie, belasten das Personal im Gesundheitswesen und verschlechtern die Behandlungsqualität.

Ein moderner, gut gesteuerter Datenfluss könnte hingegen gezielt helfen, Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht zu planen und niederschwellige Angebote dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Er eröffnet auch der Forschung enorme Chancen: Bei seltenen Erkrankungen etwa könnten Patientinnen und Patienten schneller in klinische Studien aufgenommen und innovative Therapien rascher verfügbar gemacht werden. Selbst die reguläre Medikamentenversorgung würde von einer datenbasierten Strategie profitieren – etwa durch eine schnellere Zulassung wirksamer Präparate und eine bessere Abstimmung von Behandlungsprozessen.

Ein weiteres Problem des Gesundheitssystems ist die überholte Arbeitsteilung. Was nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt ist, fällt automatisch unter den ärztlichen Vorbehalt. Damit dürfen selbst hochqualifizierte Pflegekräfte, Therapeut:innen oder Sanitäter:innen viele Leistungen nur auf ausdrückliche ärztliche Anweisung erbringen – selbst wenn ihre Ausbildung sie längst dazu befähigt. Das blockiert Abläufe, erzeugt Engpässe und verschwendet Ressourcen. Österreich hat mit 5,4 Ärzt:innen pro 1.000 Einwohner zwar einen Spitzenwert in der OECD^[4], dennoch mussten in den vergangenen Jahren Operationen und Behandlungen ausfallen – nicht wegen fehlender Ärzt:innen, sondern weil OP-Pflege, spezialisierte Assistenzkräfte oder Sanitäter:innen fehlten.

Wir JUNOS sehen darin ein strukturelles Problem: Die Kompetenzen zahlreicher Gesundheitsberufe wurden in den letzten Jahren akademisiert und ausgeweitet, ihre rechtliche und praktische Nutzung hinkt aber hinterher. Das System schöpft das Potenzial dieser Berufsgruppen nicht aus und verschärft damit den Personalmangel. Wir fordern daher eine umfassende Modernisierung der Berufsgesetze, die es ermöglicht, Aufgaben dorthin zu verlagern, wo das Fachwissen vorhanden ist. Sanitäter:innen sollen vor Ort mehr tun dürfen, Pflegekräfte und Therapeut:innen sollen in ihrem Kompetenzbereich eigenverantwortlich handeln können.

Ein modernes, liberales Gesundheitssystem setzt auf den „mündigen Patienten“. Wer über seine eigenen Gesundheitsdaten verfügt, kann informierte Entscheidungen treffen, Therapien aktiv mitgestalten und Doppeluntersuchungen vermeiden. Wir fordern daher, dass nicht nur Ärzt:innen und andere Gesundheitsberufe, sondern auch Patient:innen selbst einfachen und vollständigen Zugang zu ihren digitalen Gesundheitsinformationen erhalten – sicher, verständlich und nutzerfreundlich. Zugleich muss das Gesundheitsberuferegister so reformiert werden, dass Qualifikationen und Spezialisierungen transparent sichtbar sind. So können Personalplanung und Ausbildung besser gesteuert werden, und Patient:innen profitieren von klaren Zuständigkeiten und kürzeren Wegen.

Prävention und Gesundheitskompetenz

Ein liberales Gesundheitssystem setzt nicht erst dann an, wenn Menschen krank sind, sondern schon vorher. Österreich gibt im internationalen Vergleich viel für Akutversorgung, aber sehr wenig für Prävention aus. Das muss sich ändern.

Gesundheitsbildung gehört von klein auf in Lehrpläne. Schon in der Volksschule sollten Kinder mit den Grundlagen gesunder Ernährung, Bewegung und mentaler Balance vertraut gemacht werden. In Schulen müssen Themen wie Gesundheitskompetenz, Sexualkunde und Erste Hilfe als feste Bestandteile im Unterricht verankert sein. Wer früh über Risiken aufgeklärt wird, kann später eigenverantwortlich Entscheidungen treffen.

Gesundheitskompetenz beginnt nicht erst bei Ernährung und Bewegung, sondern auch bei der Fähigkeit, im Notfall richtig zu handeln. Wir fordern daher, Erste-Hilfe-Kurse als festen Bestandteil des Unterrichts in allen Schultypen zu verankern. Kinder und Jugendliche sollen während ihrer Schullaufbahn regelmäßig und praxisnah in lebensrettenden Sofortmaßnahmen geschult werden. Das stärkt nicht nur das Bewusstsein für Verantwortung und Zivilcourage, sondern schafft auch langfristig eine Bevölkerung, die im Ernstfall helfen kann und medizinische Notfälle besser einschätzen lernt. Erste Hilfe ist damit ein zentraler Baustein moderner Gesundheitsbildung und Prävention.

Auch Erwachsene müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. Vorsorgeuntersuchungen sollten attraktiver gestaltet, stärker beworben und mit digitalen Tools verknüpft werden, die Menschen helfen, ihre Gesundheitsdaten im Blick zu behalten. Krankheiten wie Diabetes Typ II oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind in hohem Maße vermeidbar – es braucht aber Programme, die Betroffene frühzeitig erreichen und unterstützen. Prävention ist die günstigste und zugleich humanste Medizin.

Selbstbestimmung und moderne Medizin

Ein liberales Gesundheitssystem nimmt Selbstbestimmung ernst. Dazu gehört das Recht, über den eigenen Körper und die eigene Familienplanung zu entscheiden. Wir fordern daher die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik in klar geregeltem Rahmen. Sie ermöglicht Paaren, schweres Leid zu verhindern und verantwortungsbewusste Entscheidungen über ihr Leben zu treffen.

Jugendliche sollen außerdem einen einfachen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Diese müssen von den Krankenkassen übernommen werden, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern und sexuelle Selbstbestimmung abzusichern. Ergänzend dazu braucht es flächendeckende Aufklärung, die über Risikoverhalten, Geschlechtskrankheiten und moderne Verhütungsmethoden informiert.

Darüber hinaus müssen Patientenrechte gestärkt werden. Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf volle Transparenz über Behandlungsmöglichkeiten und Kosten. Sie müssen das Recht auf freie Arztwahl und Therapiefreiheit haben. Ein liberales Gesundheitssystem vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, informierte Entscheidungen zu treffen – es bevormundet sie nicht.

Frauengesundheit und geschlechtsspezifische Medizin

Ein modernes Gesundheitssystem muss die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen und Männern ernst nehmen. Über Jahrzehnte hinweg wurde medizinische Forschung überwiegend an männlichen Probanden durchgeführt, und die Ergebnisse wurden pauschal auf Frauen übertragen. Medikamente, Diagnosetests und Therapien sind deshalb vielfach auf den „durchschnittlichen Mann“ zugeschnitten – mit der Folge, dass Frauen häufiger Nebenwirkungen erleiden, Diagnosen verzögert gestellt werden und spezifische Krankheitsbilder weniger gut verstanden sind. Gerade bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Autoimmunerkrankungen und Endometriose besteht erheblicher Forschungsbedarf.

Wir JUNOS fordern deshalb eine konsequente geschlechtsspezifische Forschung und Versorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte müssen in allen Phasen klinischer Studien auch an Frauen getestet und nach Geschlecht ausgewertet werden. In der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten müssen frauenspezifische Symptome, Krankheitsverläufe und Therapien stärker verankert werden. Frauengesundheit umfasst aber weit mehr als biologische Unterschiede. Reproduktive und sexuelle Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil. Dazu zählen der einfache Zugang zu sicheren und modernen Verhütungsmitteln, evidenzbasierte Information über Menstruationsgesundheit, Schwangerschaft und Geburt sowie ein Rechtsrahmen, der Frauen Selbstbestimmung garantiert.

Auch psychische und soziale Faktoren sind bei Frauengesundheit zentral. Frauen sind häufiger von Mehrfachbelastungen und Betreuungspflichten betroffen – Faktoren, die sich direkt auf ihre Gesundheit auswirken. Präventions- und Unterstützungsprogramme müssen diese Lebensrealitäten berücksichtigen, etwa beim Zugang zu psychologischer Hilfe, bei Angeboten für Alleinerziehende oder beim Schutz vor Gewalt. Gewalt an Frauen ist auch ein Gesundheitsproblem: medizinisches Personal muss sensibilisiert und Strukturen geschaffen werden, um Betroffene rasch und umfassend zu unterstützen.

Frauengesundheit ist damit kein Nischenthema, sondern ein zentraler Maßstab für die Qualität eines Gesundheitssystems. Ein liberales Gesundheitswesen muss sicherstellen, dass Forschung, Diagnostik, Therapie und Arbeitsbedingungen die Hälfte der Bevölkerung nicht länger benachteiligen, sondern ihre Bedürfnisse und

Lebensrealitäten gleichwertig berücksichtigen.

Psychische Gesundheit

Psychische Gesundheit ist das Stiefkind der österreichischen Gesundheitspolitik. Noch immer sind psychische Erkrankungen stigmatisiert, Wartezeiten auf Therapieplätze sind unzumutbar, und viele Menschen können sich Hilfe schlicht nicht leisten. Dabei sind Depressionen, Angststörungen und Burnout längst Volkskrankheiten. Laut OECD gehört Österreich zu den Ländern mit dem höchsten Anteil psychischer Erkrankungen, gleichzeitig liegt die Zahl der kassenfinanzierten Psychotherapieplätze deutlich unter dem Bedarf.

Die Folgen sind gravierend – nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die Gesellschaft. Psychische Erkrankungen führen zu massiven Ausfällen am Arbeitsplatz, mindern Bildungs- und Berufschancen junger Menschen und verursachen enorme volkswirtschaftliche Kosten. Trotzdem werden sie noch immer nicht mit derselben Ernsthaftigkeit behandelt wie körperliche Leiden.

Wir fordern die größtmögliche Gleichstellung psychischer mit körperlichen Erkrankungen in der medizinischen Versorgung. Dazu braucht es einen massiven Ausbau von kassenfinanzierten Psychotherapieplätzen, die flächendeckend und ohne monatelange Wartezeiten verfügbar sind. Besonders junge Menschen leiden unter psychischem Druck. Schulen und Hochschulen brauchen Zugang zu niederschwelligen psychologischen Angeboten, Beratungsstellen und Kriseninterventionsteams. Gleichzeitig müssen breite Kampagnen das Tabu um psychische Erkrankungen brechen.

Besonders gravierend ist in Österreich der Mangel an Angeboten außerhalb von Spitälern. Für psychisch erkrankte Menschen gibt es kaum Einrichtungen, die eine Betreuung in einem wohnortnahen, nicht-klinischen Umfeld ermöglichen. Altenheime nehmen psychisch Kranke meist gar nicht oder nur ungern auf, für junge Betroffene existieren abgesehen von wenigen betreuten Wohngemeinschaften praktisch keine Alternativen zum Krankenhaus – und diese Angebote können oft nur genutzt werden, solange der Zustand relativ stabil ist.

Wir JUNOS fordern daher einen gezielten **Ausbau extramuraler Betreuung** für psychisch erkrankte Menschen: mehr betreute Wohneinrichtungen, Tageskliniken, mobile multiprofessionelle Teams und niederschwellige Anlaufstellen, die echte Alternativen zum Spital schaffen.

Ein Gesundheitssystem, das psychische Probleme nicht ernst nimmt, ist kein modernes System. Mentale Gesundheit ist die Grundlage für Leistungsfähigkeit,

281 Kreativität und gesellschaftliche Teilhabe – sie darf nicht länger als
282 Nebenthema behandelt werden.

283 Österreich braucht eine mutige liberale Reformagenda in der Gesundheitspolitik.
284 Wir wollen klare Strukturen, in denen Verantwortung nicht länger verschleiert,
285 sondern übernommen wird. Wir wollen eine Versorgung, die am Land genauso
286 hochwertig ist wie in der Stadt, die auf ambulante Behandlung setzt,
287 Digitalisierung nutzt und Prävention ins Zentrum rückt. Wir wollen ein System,
288 das Selbstbestimmung ernst nimmt, reproduktive Freiheit schützt und psychische
289 Gesundheit gleichwertig behandelt.

290 Wir JUNOS fordern daher ein modernes, transparentes und chancengerechtes
291 Gesundheitssystem, das nachhaltig finanzierbar ist, Innovation ermöglicht und
292 allen Menschen in Österreich den gleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger
293 Versorgung garantiert.

294 ^[1][https://www.nzz.ch/report-und-debatte/reformiertes-gesundheitswesen-](https://www.nzz.ch/report-und-debatte/reformiertes-gesundheitswesen-daenemarks-effiziente-spitalzukunft-ld.1845946)
295 [daenemarks-effiziente-spitalzukunft-ld.1845946](https://www.nzz.ch/report-und-debatte/reformiertes-gesundheitswesen-daenemarks-effiziente-spitalzukunft-ld.1845946)

296 ^[2]<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250715-2>

297 ^[3]https://www.oecd.org/en/publications/health-at-a-glance-2023_7a7afb35-en.html

298 ^[4] In Österreich variiert die Dichte zwischen 4,25 Ärzt:innen pro 1.000
299 Einwohner:innen im Burgenland und fast sieben in Wien (ÖÄK, 2023)

ANTRAG

Antragsteller*in: Gabriel Paulus, Oleksa Woloschtschuk, Marvin Feigl, Doris Gherasim

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A1: Demography is destiny – für einen liberalen Pronatalismus!

Antragstext

1 Demography is destiny – und niedrige Geburtenraten drohen, zum gefährlichsten
2 globalen Supertrend des 21. Jahrhunderts zu werden.

3 Die Geburtenrate in Österreich und der EU befindet sich auf einem historisch
4 niedrigen Niveau. Diese Entwicklung muss ausgebremsst werden. Dabei darf das
5 Thema nicht von ideologischen Extrepositionen vereinnahmt werden, die Freiheit
6 einschränken oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen. Nur breiter
7 gesellschaftlicher Konsens und die Wahrung der Freiheit des Einzelnen wird eine
8 nachhaltige Trendwende erlauben. Daher müssen wir auf positive Anreize und
9 Bewusstseinsbildung setzen, um eine freie und familienfreundliche Zukunft zu
10 gestalten.

11 Der globale Einbruch

12 Wie steht es um die Geburtenzahlen in Österreich, Europa und global? In
13 Österreich liegt die Geburtenrate im Jahr 2024 bei ca. 1,32 Kindern pro Frau,^[11]
14 weit unterhalb des für den Bevölkerungserhalt nötigen Wertes von 2,1. Dies
15 spiegelt die allgemeine Lage in Europa wieder, wobei auch viele Länder mit
16 traditionell höheren Geburtenraten wie die Türkei (1,5)^[12] und Indien (1,9)^[13]
17 ähnliche Rückgänge verzeichnen. Derzeit entsteht 90% des globalen BIP – und wohl
18 auch der globalen Innovation – in Ländern mit einer Geburtenrate unter 2.^[14]
19 Besonders bedrohlich ist vor allem auch die Geschwindigkeit des globalen
20 Geburteneinbruchs: So fiel allein zwischen 2015 und 2023 die Geburtenrate in
21 Chile von 1,78 auf 1,14, in Großbritannien von 1,79 auf 1,45, in Argentinien von
22 2,24 auf 1,35 oder in Südkorea von 1,24 auf 0,72.^[15] Eine Trendumkehr ist nicht
23 in Sicht. Hingegen werden höhere Geburtenüberschüsse nach wie vor insbesondere
24 in Sub-Sahara-Afrika sowie Zentralasien verzeichnet.

Risiken und Auswirkungen einer niedrigen Geburtenrate

Eine niedrige Geburtenrate bedroht langfristig die ökonomische Stabilität und Innovationskraft einer Gesellschaft. Für Europa geht es nicht nur um die Finanzierbarkeit von Rentensystemen, sondern auch um die Frage, ob unsere Gesellschaft in der Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch bestehen kann. Während sich im Jahre 1900 der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch auf 25% belief, wird dieser bereits im Jahr 2050 voraussichtlich auf unter 7,5% sinken.^[6]

- Es ist klar, dass niedrige Geburtenraten in der EU in keinem Fall durch mehr Einwanderung kompensiert werden können. Zum einen wird sich der Mangel an Menschen allein in Europa auf hunderte Millionen Menschen belaufen. Auch in anderen Ländern/Regionen mit sehr niedrigen Geburtenraten wie der VR China, Westasien oder dem gesamten amerikanischen Kontinent wird der wirtschaftliche Druck zur Aufnahme größerer Zahlen von Einwanderern oder temporären Arbeitskräften steigern, während die Länder mit Arbeitskräfteüberschuss immer weniger werden.
- Darüber hinaus ist anzuerkennen, dass die Aufnahme einer kritischen Anzahl an Einwanderern, insbesondere jenen aus kulturell weiter entfernten Regionen, in Europa bereits jetzt zu großen politischen Spannungen führt und weder als wirtschaftlich noch gesellschaftlich nachhaltig betrachtet werden kann.
- Im Ergebnis ist die Tendenz eines globalen Bedeutungsverlusts liberaler Demokratien und Bevölkerungsgruppen vis-à-vis „konservativerer“ und kinderreicherer Länder und Bevölkerungsgruppen sowohl global als auch landesintern anzuerkennen.

Maßnahmen für eine demographische Erneuerung

Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate zu ergreifen, die auf wirtschaftliche Anreize und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung von Eltern abzielen. Anzuerkennen ist, dass die Geburtenrate in deutlich höherem Maß von gesellschaftlichen als von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist. Dennoch kann auch durch wirtschaftliche Anreize zumindest ein wichtiger, erster Schritt zur Ausbremsung des aktuellen Trends gesetzt werden. Langfristig ist jedoch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für Familien anzustreben.

Die Geburt eines Kindes bewirkt enorme positive Externalitäten für die Gesellschaft, leider aber hohe Kosten bei den Erziehungspflichtigen. Es ist die

Aufgabe liberaler Politik, diese Art von Marktversagen zu adressieren. Mögliche wirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichts sind z.B.

- Steuersenkungen und/oder Steuersplitting für beide Erziehungsberechtigten, z.B. nach französischem Vorbild. Dadurch soll insbesondere die arbeitende Mittelschicht entlastet werden;
- die Vergabe von großzügigen zinsfreien Wohnraumkrediten pro Kind, je nach örtlichen Umständen;
- der Ausbau von Betreuungsangeboten;
- Flexibilisierung (im weiteren Sinne) der Arbeitswelt, damit Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können, beispielsweise in Hinblick auf Elternkarenz, Home Office, Arbeitszeitflexibilisierung und weiteren. Dabei ist uns wichtig, dass Angebote gleichermaßen von Müttern und Vätern angenommen werden können. Generell sollen derartige Angebote die persönliche und unternehmerische Freiheit erhöhen.

Weitere nicht-wirtschaftliche Maßnahmen inkludieren:

- Aufklärung über Fertilität für junge Menschen, um eine realistische Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Fertilität sowie der Chancen und Grenzen technischer Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Studien zeigen, dass junge Menschen tendenziell ihre Fertilität stark überschätzen.¹⁷¹
- Eine allgemeine Bewusstseinsbildung über die Bedeutung dieses Themas für unsere Gesellschaft. Im Idealfall sollte dies auch zu einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung für die Elternrolle, insb. für Mütter, führen. Es ist anzunehmen, dass der „kulturelle“ Faktor das größte Potenzial für eine demographische Trendwende bietet.

Wir lehnen konsequent Maßnahmen ab, die die individuelle Freiheit einschränken oder stark polarisierende moralische Debatten entfachen. Dies wäre z.B. bei Einschränkungen des Zugangs zu Abtreibungen, dem zwanghaften Versuch der Rückgängigmachung der erhöhten Arbeitsmarktintegration von Frauen oder der Benutzung historisch behafteter bzw. auf sonstige Weise spalterischer Rhetorik der Fall. Solche Maßnahmen würden nur zu starken gesellschaftlichen Spaltungen und einer Gegenreaktion führen, die das eigentliche Ziel der Geburtensteigerung konterkarieren würde. Stattdessen müssen wir auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens setzen, der die individuelle Freiheit vergrößert und positiv besetzt ist.

So zeigen Studien aus Spanien,^[18] dass die gewünschte Anzahl an Kindern hoch genug ist, um eine stabile Bevölkerung zu gewährleisten. Das Ziel darf damit auf keinen Fall das „Aufdrängen“ einer Elternrolle in Fällen sein, in denen diese ausdrücklich nicht gewünscht oder möglich ist. Vielmehr ist es das Ziel, die Steine aus dem Weg räumen, die aktuell den Kinderwunsch oder den Wunsch nach einer höheren Kinderanzahl erschweren.

Für einen liberalen Pronatalismus!

Die Steigerung der Geburtenrate in der EU ist ein gemeinsames Interesse aller Menschen, die sich ein stabiles und starkes Europa wünschen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, die die Gründung und den Erhalt von Familien aktiv unterstützt, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beschneiden. Ein liberaler Pronatalismus, der das Schaffen von Möglichkeiten und nicht das Einschränken von Rechten in den Vordergrund stellt, ist entscheidend – durch wirtschaftliche Anreize, kulturelle Wertschätzung und positive Zukunftsbilder. Nur so können wir langfristig wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden sichern.

^[11] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrate-in-oesterreich/>

^[12] <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-looming-demographic-crisis>

^[13] <https://www.cia.gov/the-world-factbook/field/total-fertility-rate/>

^[14] <https://x.com/MoreBirths/status/1793394520727429326>

^[15] <https://x.com/MoreBirths/status/1821360554293825719>

^[16] <https://www.theworldcounts.com/populations/continents/europe>

^[17] <https://x.com/MoreBirths/status/1803038097636024594>

^[18] <https://www.demographic-research.org/volumes/vol51/19/51-19.pdf>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske*

Tagesordnungspunkt: *14.3 Allgemeine Anträge*

A2: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

Antragstext

Uns, den JUNOS – Junge liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen – der Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige Investitionen benötigen wird.

Ausgangslage:

Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich der Staat in Krisen ausweitete und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer bei jedem Problemchen nach dem Staat.

Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle

Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

Aktuelle Situation:

Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat, der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an. Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird. [\[1\]\[2\]](#)

Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

1. Nationalstaatliche Ebene:

Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert. Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das

Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die Inflation nur noch weiter an. Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen, müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

2. EZB:

Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank, die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch danach verhinderte ihr zaghafte Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.^[31] Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden, wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.

Forderungen:

Die JUNOS – Junge liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

Nationalstaatliche Ebene:

- Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich. Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren, effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation kontraproduktiv.
- Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente

Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.

- Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen. Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
- Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel- und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den Klimawandel notwendig – sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck, der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
- Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten, sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
- Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS – Junge liberale NEOS gefordert, ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

EU-Ebene:

- Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen. Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele vorzuziehen.
- Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen für die Union zu beschaffen.
- Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden. Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln

bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

EZB:

- Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits, wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
- Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
- Wie bereits von den JUNOS – Junge liberale NEOS beschlossen, sollte sich die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde. Dieses Problem der „fiskalischen Dominanz“, in welcher sich die Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden werden.

^[1]https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158

^[2]<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>

^[3]<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whyip.pdf>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julian Fritsch*

Tagesordnungspunkt: *14.3 Allgemeine Anträge*

A3: Zerschlagung des Notariatskartells

Antragstext

Wie viele Bestandteile des österreichischen Rechts- und Verwaltungssystems ist auch das Notariatswesen in vielerlei Hinsicht veraltet und überbordend bürokratisch. Während es in anderen Ländern nicht einmal überall Notar:innen gibt, ist in Österreich die notarielle Einbindung in unterschiedlichen Bereichen oft sogar vorgeschrieben, was für die Menschen mitunter zu einem hohen organisatorischen Aufwand und erheblichen Kosten führt.

Abschaffung der Notariatspflicht

Unternehmensgründungen, Immobiliengeschäfte und Vorsorgevollmachten haben eines gemeinsam: Sie bedürfen der notariellen Einbindung. Obwohl sich heutzutage viele Betroffene lieber durch ihre:n Rechtsanwält:in beraten lassen, ist zumindest formal die Einbeziehung einer Notarin oder eines Notars notwendig.

Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern den weitgehenden Entfall der verpflichtenden notariellen Einbindung, um etwa Gründungsprozesse zu vereinfachen und entbehrliche bürokratische wie finanzielle Hürden abzubauen. Notar:innen sollen sich im Bereich der Rechtsberatung einem fairen Wettbewerb stellen müssen und nicht länger einen Vorteil durch gesetzliche Vorgaben genießen.

Zudem sollen Möglichkeiten geprüft werden, **um einen einfachen Zugang zu elektronischen Beglaubigungen ohne Einbindung eines/einer Notar:in zu schaffen.**

Moderne Dienstleister:innen

Da Notar:innen derzeit in vielen Belangen hinzugezogen werden müssen, sind diese oft überlastet, was für Mandant:innen zu einer erhöhten zeitlichen wie

finanziellen Belastung führt. Im Vergleich zu anderen Branchen sind notarielle Dienstleistungen noch sehr traditionell und wenig an die digitale Realität des 21. Jahrhunderts angepasst.

Um notarielle Leistungen besser zugänglich zu machen, **sollen digitale Notariatsdienste ermöglicht und ausgebaut werden**. Insbesondere soll die Möglichkeit des digitalen Notariatsakts auf alle Rechtsbereiche ausgeweitet werden. Private Initiativen zur Digitalisierung des Notariatswesens sind aus unserer Sicht zu begrüßen.

Notargebühren bemessen sich etwa bei der Beglaubigung von Immobilien-Kaufverträgen und Grundbucheinträgen nicht an der Leistung des/der Notar:in, sondern am Kaufpreis der Immobilie. Obwohl der Aufwand sich für den/die Notar:in nicht unterscheidet, steigen die absoluten Kosten für die Klient:innen mit dem Preis der Immobilie enorm. **Wir fordern daher die Entkoppelung der Notarkosten vom Immobilienwert.**

Außerdem treten wir für eine Abschaffung aller Gebühren auf schriftliche Verträge ein, um notarielle Leistungen günstiger zu machen und Bürger:innen sowie Unternehmen zu entlasten.

Deregulierung und Harmonisierung

Das Notariatswesen ist aktuell auch insofern stark reguliert, dass es nur eine begrenzte Menge an Notariatsstellen gibt, deren Lage an bestimmte Notariatssprengel gebunden ist. Möglichkeiten werden hier nicht durch Wettbewerb geschaffen, sondern auf dem Verordnungsweg durch die Regierung eingeschränkt.

Um den Wettbewerb zwischen Notar:innen voranzutreiben, **fordern wir, dass die Anzahl sowie die örtliche Lage der Notariatsstellen nicht länger staatlich vorgegeben werden**. Alle, die die Voraussetzungen für die Ernennung als Notar:in erfüllen, sollen eine Notariatsstelle antreten und – unabhängig vom Ort – auch eine Notariatskanzlei eröffnen können. Die Bildung von Notar-Partnerschaften soll außerdem nicht länger von der Genehmigung durch die lokale Notariatskammer abhängen.

Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Notariatskammern. Notar:innen sollen frei entscheiden können, ob und welcher Interessenvertretung sie sich anschließen – ohne Zwangsmitgliedschaft und ohne verpflichtende Kammerbeiträge.

Das Notariatswesen soll innerhalb der Europäischen Union möglichst harmonisiert

57 **werden,** um grenzüberschreitende notarielle Dienstleistungen zu erleichtern und
58 zu standardisieren.

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Fritsch, Simon Kern

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A4: Zeit, die Zeitumstellung abzuschaffen

Antragstext

Die zweimal jährlich stattfindende Zeitumstellung führt seit Jahrzehnten zu unnötiger Verwirrung und organisatorischem Mehraufwand, sowohl für die Bevölkerung als auch für viele Unternehmen. Die einst als Argument angeführten Energieeinsparungen durch die Umstellung fallen heute nicht mehr ins Gewicht, vielmehr werden immer wieder Schlafstörungen, Konzentrationsschwierigkeiten und ein erhöhtes Unfallrisiko festgestellt.^{[1][2]} Bei einer öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission im Jahr 2018 haben sich daher 84% von rund 4,6 Millionen Befragten klar für eine Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen.^[3]

Eine Abschaffung würde nicht nur die Planung in zahlreichen Branchen sowie die Funktionsweise zeitbasierter Systeme und Anwendungen vereinfachen, sondern auch den natürlichen Biorhythmus der Menschen erhalten. Damit würden Produktivität, Lebensqualität und Gesundheit gleichermaßen profitieren.

Wir Junge liberale NEOS – JUNOS unterstützen deshalb die Forderung nach einem Ende der Zeitumstellung und fordern die europäischen Staaten auf, in gemeinsamer Abstimmung zu einer einheitlichen Standardzeit zu gelangen, bevorzugt in Form der bisherigen Sommerzeit.

^[1][vorarlberg.ORE.at | 30.03.2025 | Zeitumstellung kann krank machen](https://www.vorarlberg.orf.at/30.03.2025/Zeitumstellung-kann-krank-machen)

^[2][Wiener Städtische | 29.03.2019 | Zeitumstellung bringt mehr Kfz-Unfälle](https://www.wienerstaetische.at/29.03.2019/Zeitumstellung-bringt-mehr-Kfz-Unfaelle)

^[3][Europäische Kommission | 31.08.2018 | Konsultation zur Sommerzeit: 84 Prozent der Teilnehmer sind für die Abschaffung der Zeitumstellung in der EU](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip18_1111)

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Fritsch, Lorenzo Friedli

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A5: Atomarer Schutzschirm // Made in Europe.

Antragstext

1 Angesichts der angespannten internationalen Sicherheitslage, des russischen
2 Angriffskrieges auf die Ukraine und der zunehmenden Unberechenbarkeit der USA
3 ist eine eigenständige europäische Verteidigungsfähigkeit – auch innerhalb der
4 NATO – wichtiger denn je.

5 Bereits im März 2025 hat der französische Präsident Emmanuel Macron in Aussicht
6 gestellt, einen atomaren Schutzschirm über europäische Partner zu spannen.^[1] Wir
7 **Junge liberale NEOS – JUNOS begrüßen diesen Vorstoß ausdrücklich.** Österreich
8 soll die Initiative Macrons klar unterstützen und sich für eine Einbindung in
9 einen europäischen Schutzschirm einsetzen.

10 Gleichzeitig darf sich Europa nicht allein von der politischen Stabilität
11 Frankreichs abhängig machen. **Deshalb sprechen wir uns mittelfristig für eine**
12 **europäische Lösung aus**, in der mehrere europäische Partnerstaaten Verantwortung
13 für die nukleare Abschreckung übernehmen. Auf lange Sicht soll diese gemeinsame
14 Verantwortung in eine EU-Armee überführt und durch ein handlungsfähiges,
15 demokratisch legitimierte europäisches Kommando kontrolliert werden.

16 Langfristiges Ziel bleibt die atomare Abrüstung, doch solange autoritäre Mächte
17 wie Russland über Nuklearwaffen verfügen, braucht Europa eine glaubwürdige
18 Abschreckung.

19 ^[1][SRF | 06.03.2025 | Wird Frankreich zu Europas Lebensversicherung?](#)

ANTRAG

Antragsteller*in: Sarah Sinkovits, Sophie Wotschke, Lisa Ficzkó, Julian Fritsch, Valentin Wiesinger, Erik Baldassari, Lorenzo Friedli, Arman Shariat, Alen Selimovic, Susanna Riedlsperger, Stephen Slager

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A6: Klimaneutralität braucht Kernenergie

Antragstext

Wir JUNOS bekennen uns zu einer liberalen, faktenbasierten und zukunftsorientierten Energiepolitik. Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und erfordert mutige, wissenschaftlich fundierte und technologisch offene Antworten. Hinzu kommt ein Umbruch der Weltordnung, durch die Europas Energieautonomie zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer es mit der Klimaneutralität sowie Energieautonomie ernst meint, darf keine Energieform aus rein ideologischen Gründen verbieten.

Die Entscheidung der Volksabstimmung zum AKW Zwentendorf, bei der sich 50,50% der Abstimmenden^[1] gegen die Inbetriebnahme aussprachen, fußte auf einem politischen Machtkampf zwischen SPÖ und ÖVP und entspricht nicht den heutigen Realitäten: Unser Land ist eng mit einem europäischen Strommarkt verflochten, in dem Kernenergie längst eine tragende Rolle spielt. Wir beziehen bereits heute indirekt Atomstrom aus Nachbarstaaten, ohne selbst über Sicherheitsstandards oder strategische Fragen mitbestimmen zu können.

Wir JUNOS wollen diese Schieflage beenden. Wir wollen eine ehrliche, faktenbasierte Debatte führen und Österreich in die Lage versetzen, aktiv an der Gestaltung einer sicheren, autonomen und klimafreundlichen Energiezukunft mitzuwirken. Wir sehen Atomenergie nicht als Allheilmittel, aber als eine wesentliche Ergänzung zu Wind-, Solar- und Wasserkraft, die wir nicht aus ideologischer Trägheit ignorieren dürfen.

Klimaziele erreichen – mit allen verfügbaren Mitteln

Wir JUNOS erkennen an, dass der europäische Strombedarf in den kommenden

Jahrzehnten massiv steigen wird. Die Elektrifizierung von Mobilität, Wärme und Industrie führt dazu, dass der Bedarf an gesichertem, CO₂-armem Strom deutlich zunimmt. Erneuerbare Energien wie Wind und Sonne sind unverzichtbar, stoßen aber an physikalische Grenzen: Sie liefern nicht jederzeit, was gebraucht wird. Speicher sind wichtig, aber teuer und nur begrenzt verfügbar.

Atomenergie liefert konstanten, CO₂-armen Strom und kann so die wetterbedingten Schwankungen von Wind und Sonne ausgleichen. Das ermöglicht es, ehrgeizige Klimaziele nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis zu erreichen. Wir JUNOS wollen, dass Österreich hier nicht Zuschauer bleibt, sondern Partner einer europäischen Lösung wird und fordern die Aufhebung des Bundesverfassungsgesetzes für ein atomfreies Österreich.

Kosten, Versorgungssicherheit und Energieautonomie

Klimapolitik wird nur dann gesellschaftlich akzeptiert, wenn sie auch wirtschaftlich tragfähig ist. Ein Energiesystem, das ausschließlich auf Erneuerbare setzt, braucht gigantische Investitionen in Speicher und Netzausbau. Das verteuert den Strom und belastet Haushalte und Unternehmen.

Ein Mix, der auch Kernkraft nutzt, senkt diese Systemkosten drastisch. Strompreise können so langfristig stabiler und niedriger bleiben, weil weniger fossile Reservekapazitäten notwendig sind und das Übertragungsnetz nicht in gleichem Umfang ausgebaut werden muss. Ein solches System reduziert nicht nur die CO₂-Emissionen deutlicher, sondern verringert auch die Abhängigkeit von Gas und Öl aus instabilen Regionen oder Europa feindlich gesinnten Staaten wie Russland. Während fossile Brennstoffe laufend in großen Mengen importiert werden müssen, benötigt Kernenergie vergleichsweise geringe Mengen Brennstoff, die aus einer breiteren Palette stabiler Lieferländer stammen können. Nach dem Scheitern Österreichs Energiepolitik des russischen Gases, ist es höchste Zeit neue Wege zu gehen.

Wir JUNOS setzen uns dafür ein, dass Österreich diese Vorteile anerkennt und sich an einer europäischen Strategie beteiligt, die Kosten, Netzausbau und Emissionen gleichzeitig im Blick behält.

Wir sprechen uns dabei grundsätzlich gegen verzerrende Subventionen und für Kostenwahrheit am Energiemarkt aus. Neue Projekte dürfen nur dann realisiert werden, wenn ihr gesamter Lebenszyklus vom Bau bis zur Entsorgung durchkonzeptioniert, finanziert und abgesichert ist.

Technologischer Fortschritt und Sicherheit

Wir JUNOS sehen, dass die technologische Entwicklung bei der Kernenergie in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte gemacht hat. Neue Reaktorgenerationen – wie modulare Kleinreaktoren – sind flexibler, sicherer und effizienter als die Anlagen der Vergangenheit. Sie verfügen über passive Sicherheitssysteme, die Unfälle wie in den Anfangsjahren der Kernkraft technisch ausschließen. Gleichzeitig verringern sie das Abfallaufkommen und können teilweise vorhandene Reststoffe wiederverwerten.

Langfristig eröffnet die Kernfusionsforschung die Perspektive auf eine praktisch unerschöpfliche, saubere Energiequelle. Österreich darf sich diesen Innovationen nicht verschließen, wenn es in Europa technologisch relevant bleiben will. Wir JUNOS wollen, dass unser Land in internationalen Forschungsprojekten vertreten ist und technisches Know-how aufbaut, statt es zu verlieren.

Ergänzung statt Gegeneinander

Wir JUNOS betonen, dass Atomenergie nicht gegen Erneuerbare ausgespielt werden darf. Wir sehen beides als Partner: Erneuerbare Energien liefern günstigen Strom, wenn Sonne und Wind vorhanden sind, Kernenergie liefert gesicherte Leistung rund um die Uhr. Ein Energiesystem, das auf beiden Säulen ruht, vereint Klimaschutz mit Versorgungssicherheit, senkt Kosten, minimiert Netzausbau und Flächenverbrauch und erreicht ambitionierte Klimaziele verlässlich.

Wir JUNOS wollen eine Politik, die Risiken ehrlich abwägt und Chancen nutzt. Keine Technologie ist risikofrei – auch nicht fossile Energien oder der großflächige Ausbau von Wind- und Solaranlagen. Die Frage ist: Wie minimieren wir Gefahren und wie sichern wir die Energieversorgung der Zukunft? Moderne Kernkraftwerke können unter strengen europäischen Sicherheitsstandards betrieben werden. Endlagerung, Rückbau und Haftungsfragen müssen klar geregelt, transparent kontrolliert und international abgestimmt werden.

Europäische Verantwortung

Wir JUNOS sind überzeugt, dass Energiepolitik in Europa nur gemeinsam funktioniert. Kein Mitgliedstaat kann im Alleingang eine sichere und klimaneutrale Energiezukunft schaffen. Österreich muss sich daher in Europa konstruktiv einbringen, Sicherheits- und Umweltstandards mitgestalten und sich an Forschung und Entwicklung beteiligen, statt sich selbst ins Abseits zu stellen. Nur so können wir auch die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger wahren und gleichzeitig einen Beitrag zum europäischen Klimaschutz leisten.

Mit der Taxonomie-Verordnung wurde auf europäischer Ebene ein einheitlicher

Rahmen geschaffen, in dem festgelegt ist, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als ökologisch nachhaltig gelten.^[2] Auf Basis der darin definierten Kriterien wird auch Kernenergie als „grün“ eingestuft, wenn etwa hohe Sicherheitsstandards eingehalten werden und ein Plan für die Endlagerung vorliegt.^[3] Österreich soll sich dieser Einstufung nicht länger aus rein ideologischen Gründen entgegenstellen.

Vielmehr muss sich Österreich in der europäischen Energiepolitik für einen technologieoffenen Ansatz einsetzen und sich aktiv an internationalen Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu moderner Kernenergie und Kernfusion beteiligen. Sicherheits-, Kontroll- und Entsorgungsstandards sollen streng und europäisch harmonisiert werden, damit Vertrauen und hohe Sicherheitsniveaus garantiert sind.

Wir JUNOS bekennen uns zu einer Kombination aus erneuerbaren Energien und moderner Kernkraft als realistischer, kosteneffizienter und klimafreundlicher Weg in die Zukunft.

Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „Nukleartechnologie – Mehr Sachlichkeit im Sinne der Forschung“ des XIV. Bundeskongresses in Linz aufgehoben.

^[1] Aufgeschlüsselt nach Bundesländern: Für die Inbetriebnahme ging die Abstimmung in folgenden Bundesländern aus: Burgenland 59,8% pro; Kärnten 54,1 % pro; Niederösterreich 50,9 % pro; Steiermark 52,8 % pro; Wien 55,4 % pro. Gegen die Inbetriebnahme: Oberösterreich 52,8 % contra; Salzburg 56,7 % contra; Tirol 65,8 % contra; Vorarlberg 84,4 % contra.

^[2]<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2020/852/oj?locale=de>

^[3]<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?from=EN&uri=CELEX%3A32022R1214>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julian Pfurtscheller, Rafael Fiechter, Felix Rovagnati, Georg Satzinger, Aleya Dasdemir, Florian Luxner*

Tagesordnungspunkt: *14.3 Allgemeine Anträge*

A7: Südtirol – Ein europäisches Vorbild für Österreichs Außenpolitik

Antragstext

1 Einleitung

Südtirol zeigt, wie Minderheitenschutz, kulturelle Vielfalt und grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktionieren können.

Das Autonomiestatut, die Schutzfunktion Österreichs im Pariser Vertrag von 1946 und die erfolgreiche Entwicklung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (Euregio) belegen, dass Konflikte durch Dialog, nicht durch Grenzverschiebungen, gelöst werden.

Österreich und JUNOS braucht eine klare außenpolitische Haltung, die dieses Modell anerkennt, stärkt und europaweit sichtbar macht.

1. Österreichische Außenpolitik: Klar und proeuropäisch

Südtirol ist kein innenpolitischer Spielball, sondern eine gemeinsame europäische Erfolgsgeschichte.

Österreich soll diese Geschichte als Beispiel für friedliche Konfliktlösung offensiv vertreten und jede Form nationalistischer „Heimholung“-Forderungen klar zurückweisen.

Forderungen

- Die Bundesregierung bekräftigt regelmäßig, dass Österreichs Rolle Schutz und Partnerschaft bedeutet – nicht Gebietsanspruch.

- Österreich bringt die Südtirol-Autonomie als Best-Practice-Modell in EU- und UNO-Foren ein.

2. Euregio als Vorbild

Die Euregio zeigt, dass regionale Zusammenarbeit über Grenzen hinweg Wohlstand und Frieden schafft.

Ihre Projekte in Mobilität, Bildung und Umwelt können als Blaupause für andere Grenzregionen Europas dienen.

Forderungen

- Das Außenministerium fördert die Euregio gezielt als europäisches Referenzmodell für Minderheitenrechte und regionale Kooperation.
- Unterstützung von EU-Programmen, die vergleichbare Regionen vernetzen.

3. Multikulturalismus als Stärke

In Südtirol leben deutsche, italienische und ladinische Sprachgruppen gleichberechtigt zusammen.

Diese gelebte Mehrsprachigkeit zeigt, dass kulturelle Vielfalt kein Risiko, sondern ein Gewinn ist.

Forderungen

- Österreich wirbt auf europäischer Ebene für Mehrsprachigkeit und Minderheitenschutz nach Südtiroler Vorbild.
- Förderung von Kultur- und Bildungsprojekten, die Mehrfachidentitäten stärken.

4. Klare Absage an Nationalismus

Nationalistische Parolen lösen keine Probleme.

Nur enge Zusammenarbeit zwischen Wien, Rom, Bozen, Trient und Brüssel garantiert

Frieden und Wohlstand.

Forderungen

- Österreichische Politik und Diplomatie treten jeder nationalistischen Vereinnahmung, zum Thema Südtirol, konsequent entgegen.
- Keine öffentliche Förderung für Organisationen, die Abgrenzung oder ethnische Überlegenheitsideen verbreiten.

Quellen (Auswahl)

- Pariser Vertrag 1946 –
[https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertrag_\(S%C3%BCdtirol\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertrag_(S%C3%BCdtirol)),
https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/61233281-10ab-0155-b35b-4a79363b5ead/e5e162e9-8277-4475-a1c7-5efbda75ad05/Pariser-Vertrag_1946.pdf
- Autonomiestatut Südtirol 1972 –
<https://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%BCdtirol-Autonomiestatut>
- Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino –
<https://www.europaregion.info/en/euregio/about-us/vision/>

ANTRAG

Antragsteller*in: Johannes Sablatnig, Victoria Korbiel, Simon Kern, Alexander Weyrosta

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A8: Freie Fahrt auf der letzten Meile

Antragstext

1 Die letzte Meile ist ein zentraler Teil moderner Mobilität. Ob E-Scooter, E-
2 Bike, Sharing-Dienste oder autonome Shuttle-Systeme – sie alle tragen dazu bei,
3 den Verkehr effizienter, umweltfreundlicher und individueller zu gestalten. Eine
4 liberale Verkehrspolitik vertraut auf Eigenverantwortung, Aufklärung und
5 Innovation anstatt auf Zwang und Bevormundung. Bürger:innen sollen frei
6 entscheiden können, wie sie sich fortbewegen – ohne dass der Staat unnötig
7 eingreift oder bevormundet.

8 Wir JUNOS sprechen uns daher für innovative, vielfältige und
9 eigenverantwortliche Lösungen im Bereich der letzten Meile im Verkehr ein. Dabei
10 soll stets der Fokus auf Freiheit, technologischer Offenheit, Aufklärung und
11 Eigenverantwortung liegen – und nicht auf zusätzlichen Regulierungen oder
12 Zwangsmaßnahmen wie etwa Helmpflichten oder übermäßige Zulassungsbeschränkungen.

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Fritsch, Sophie Wotschke, Sarah Sinkovits, Lorenzo Friedli,
Simon Kern, Lisa Ficzkó

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A9: Kettensäge für Österreich

Antragstext

Nach Jahrzehnten des Stillstands und der Reformverweigerung steckt Österreich wirtschaftlich wie strukturell in einer tiefen Krise. Wir haben die **vierthöchste Steuer- und Abgabenquote**^[1], die **fünfhöchste Belastung auf Arbeit**^[2] und gleichzeitig die **höchsten Arbeitskosten**^[2] in der OECD. Außerdem nennen 83 % der österreichischen KMUs **Bürokratie und Regulierung** als ihr größtes Problem.^[3]

Der Staat wächst derweil ungebremst: Österreich hat den **größten Sozialstaat**^[4] ^[5] in der OECD, während die **Gesamtverschuldung** mittlerweile **über 400 Milliarden Euro**^[6] beträgt. Das Budgetdefizit lag im ersten Halbjahr 2025 bereits bei **5,3 % des BIP**^[7], begleitet vom **niedrigsten Wirtschaftswachstum**^[8] in der EU und einer **überdurchschnittlichen Inflation**^[9]. **Immer längere Pensionszeiten**^[10] und eine **historisch niedrige Geburtenrate**^[11] verschärfen zusätzlich die demographischen Herausforderungen und gefährden die Nachhaltigkeit des Systems.

So kann es nicht weitergehen. Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist klar: Österreich muss von der überbordenden Bürokratie, lähmender Regulierung und der erdrückenden Steuerlast befreit werden, um endlich wieder durchstarten zu können. Denn die Daten zeigen eindeutig: **Wirtschaftliche Freiheit** bedeutet nicht nur höhere Einkommen, sondern auch weniger Armut, mehr persönliche Freiheit, höhere Lebenserwartung, eine bessere Nachhaltigkeitsbilanz und weniger Korruption.^[12]

Es ist höchste Zeit, die Kettensäge anzusetzen: Österreich braucht radikale Entlastung, Entbürokratisierung und Deregulierung. Der Staat darf nicht weiter anwachsen, sondern muss effizienter und schlanker werden. Nur so können die **Wirtschaft entfesselt** und wieder **Chancen und Spielräume für kommende Generationen** geschaffen werden.

Schluss mit dem Papierkrieg durch Entbürokratisierung

Österreich erstickt im Bürokratiedschungel. Wer arbeiten, gründen oder bauen will, darf nicht länger durch Schikanen und Papierberge behindert werden. Wir JUNOS fordern die Reduktion von Bürokratie auf das Wesentliche.

- **Digitale und effiziente Behördengänge:** Sämtliche behördlichen Prozesse und Anträge müssen unkompliziert im Rahmen eines digitalen „One-Stop-Shops“ möglich gemacht werden, sodass der persönliche Behördenbesuch lediglich als freiwillige Option bleibt. Insbesondere Unternehmensgründungen müssen innerhalb weniger Schritte erfolgen können.^[13] Daten sollen im Sinne des „Once-Only-Prinzips“ stets nur einmal an den Staat übermittelt werden müssen und Genehmigungsverfahren sind mit verbindlichen Fristen zu versehen – bleibt die Entscheidung aus, gilt der Antrag automatisch als genehmigt.
- **Nur notwendige Dokumentation:** Berichts- und Dokumentationspflichten müssen überall dort abgeschafft werden, wo sie keinen Beitrag zu Sicherheit und Kontrolle leisten. Digitale Aufzeichnungen müssen stets genauso wie analoge Berichte anerkannt werden.
- **Ausbau von Pauschalierungen:** Die Pauschalierungsmöglichkeiten müssen ausgeweitet und bestehende Optionen wie die Kleinunternehmerregelung vereinfacht werden.
- **Arbeit ermöglichen statt verhindern:** Hürden für Neueinstellungen müssen abgebaut werden, weniger Auflagen und mehr Vertragsfreiheit im Arbeitsrecht schaffen faire und flexible Arbeitsbedingungen.^[14] Um dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Arbeitskräfte zuzuführen, müssen ausländische Abschlüsse rascher anerkannt und Asylwerber:innen Möglichkeiten zur Arbeit eröffnet werden.^[15]
- **Überflüssige Auflagen streichen:** Betriebe dürfen nicht länger mit Bagatellvorschriften oder überbordenden Detailauflagen belastet werden. Ganz konkret soll etwa die Kassenbonpflicht für Kleinbeträge abgeschafft werden.
- **Bau- und Mietrecht entrümpeln:** Die Vielzahl an Vorschriften und Genehmigungen beim Bauen und Vermieten muss vereinfacht und auf das Wesentliche reduziert werden.^[16] Der Abbau überzogener Auflagen schafft Planungssicherheit, fördert Investitionen und ermöglicht leistbaren Wohnraum sowie preiswerte Geschäftsflächen.

- **Meldestelle für Bürokratie:** Es muss online eine niederschwellige Möglichkeit eingerichtet werden, unter der sämtliche bürokratischen und regulatorischen Hürden gemeldet werden können. Nach einer kurzen Prüfung der Meldungen müssen rasch Schritte gesetzt werden, um die Hürden zu beseitigen.

Endlich aufatmen durch steuerliche Entlastung

Österreich ist Hochsteuerland. Arbeit, Unternehmertum und Investitionen werden hierzulande stärker belastet als belohnt. Wir JUNOS fordern spürbare Entlastung und starke Anreize für Leistung.

- **Drastische Senkung der Steuerlast:** Die Steuern und Abgaben müssen deutlich reduziert werden, in einem ersten Schritt durch eine Abschaffung sämtlicher Bagatellsteuern und eine Senkung von KÖSt und USt.^[14] In einem zweiten Schritt muss das Steuersystem massiv vereinfacht und ein Einheitssteuersatz eingeführt werden.^[17] Ebenso hat die Senkung der Lohnnebenkosten höchste Priorität, um wettbewerbsfähig zu bleiben.^[18]
- **Vollzeit muss sich lohnen:** Die Progression der Lohnabgaben muss so abgeflacht werden, dass Mehrarbeit sich finanziell spürbar auszahlt – mit dem Ziel eines einheitlichen Steuersatzes.^[17] Überstunden samt Zuschlägen müssen steuerfrei werden.
- **Einführung einer Superabschreibung:** Flexiblere Abschreibungsmöglichkeiten müssen Unternehmen mehr Spielraum für Innovation und Expansion eröffnen. Mit einer „Superabschreibung“ können Investitionen in Zukunftsbereiche wie Digitalisierung oder Klimaschutz bereits im Anschaffungsjahr vollständig steuerlich geltend gemacht werden.
- **Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital:** Eigenkapital darf steuerlich nicht länger benachteiligt werden, fiktive Eigenkapitalzinsen müssen ebenso absetzbar sein wie Fremdkapitalzinsen.
- **Verlustrücktrag dauerhaft verankern:** Unternehmen müssen Verluste nicht nur in die Zukunft mitnehmen können, sondern auch rückwirkend mit Gewinnen aus Vorjahren verrechnen dürfen.
- **Mehr Kapital:** Private Investitionen in Start-ups und kleine Unternehmen müssen durch Steueranreize deutlich attraktiver gemacht werden. Gleichzeitig ist der Gewinnfreibetrag deutlich zu erhöhen, um den Eigenkapitalaufbau zu erleichtern.

- **Steuerfreie Kursgewinne nach Behaltefrist:** Kursgewinne müssen mit einer Behaltefrist von einem Jahr von der KEST befreit werden.^[14]

Märkte entfesseln durch Deregulierung

Österreichs Wirtschaft steckt in Vorschriften, Monopolen und Verboten fest. Innovation wird blockiert, Chancen gehen verloren. Wir JUNOS fordern offene Märkte durch das Streichen von Auflagen und die Freisetzung von Kapital.

- **Gewerbe befreien:** Die Gewerbeordnung muss so reformiert werden, dass nur noch Gewerbe eingeschränkt werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen.^[19] Betriebsanlagengenehmigungen dürfen ausschließlich dann vorgeschrieben werden, wenn sie tatsächlich dem Schutz von Gesundheit, Sicherheit oder Umwelt dienen. Staatlich festgelegte Preise und Monopole wie etwa in der Taxi-Branche müssen konsequent abgeschafft werden.
- **Freiwillige Aufsicht statt Zwang:** In regulierten Bereichen muss Unternehmen die Wahlfreiheit eingeräumt werden, ob sie unter staatlicher Aufsicht arbeiten wollen oder nicht. Wer auf eine staatliche Prüfung verzichtet, muss dies klar und transparent gegenüber Kund:innen offenlegen.
- **Keine willkürlichen Einschränkungen:** Vorgegebene Öffnungszeiten^[20], Sperrstunden, staatlicher Gebietsschutz^[14], Sortimentsbeschränkungen und Verbote von Produktbezeichnungen sind willkürliche Eingriffe in die Wirtschaft und müssen vollständig aufgehoben werden.
- **Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit:** Arbeitszeitregelungen müssen deutlich liberalisiert werden.^[17] Über Betriebsvereinbarungen und individuelle Einigungen sollen flexible Modelle für Wochenstunden, Ruhezeiten und Sonntagsarbeit möglich werden.
- **Kapital freisetzen:** Überbordende Bankenregeln wie überhöhte Eigenkapitalvorschriften müssen zurückgenommen werden, damit Kredite und Investitionen wieder leichter möglich sind. Der Kapitalmarkt ist durch erleichterten Zugang zu beleben, und auch Kryptowährungen müssen als gleichwertige Anlageklasse in den Finanzmarkt integriert werden.

Freiheits- statt Regulierungsunion durch europäische Entfaltung

Die EU schafft Chancen durch den Binnenmarkt – und bremst sie zugleich mit immer neuen Hürden. Wir JUNOS fordern die Stärkung von Freihandel und eine Abkehr von überbordender Regulierung durch die EU.

- **Freihandel forcieren:** Die EU muss neue Freihandelsabkommen vorantreiben und bestehende Handelshemmnisse so weit wie möglich beseitigen.^[21]
- **Binnenmarkt vollenden:** Der europäische Binnenmarkt muss endlich auch für digitale Dienstleistungen^[22] und Kapitalströme vollendet werden. Geoblocking und bürokratische Hürden bei grenzüberschreitenden Angeboten sind abzubauen, ebenso die Fragmentierung der Finanzmärkte.
- **EU-Regulierung entrümpeln:** Die EU muss sich bei Regulierungen auf gemeinsame Standards konzentrieren, statt neue bürokratische Hürden aufzubauen. Bereits bestehende, überzogene Vorschriften wie die Lieferkettenrichtlinie müssen wieder aufgehoben werden. Österreich soll bei der Umsetzung von europäischen Regeln konsequent auf „Gold-Plating“ verzichten.

Verkrustete Strukturen sprengen durch eine Verschlinkung des Staats

Österreich leistet sich einen aufgeblähten Staat mit zu vielen Ebenen, Doppelgleisigkeiten und kostspieligen Strukturen. Wir JUNOS fordern einen schlanken Staat und klare Kompetenzen.

- **Regierung und Verwaltung verschlanken:** Die Bundesregierung muss nach Schweizer Vorbild deutlich verkleinert werden, ebenso die Landesregierungen. In Wien sind die nicht amtsführenden Stadträt:innen ersatzlos zu streichen. In Verwaltung und Ministerien muss Personal abgebaut werden, neue Stellen sollen durch einen konsequenten Stellenstopp verhindert und Pensionierungen nicht 1:1 nachbesetzt werden.
- **Entflechtung der Kompetenzen:** Die Kompetenzverflechtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen aufgelöst werden. Sämtliche Doppelgleisigkeiten sind zu beseitigen, Prozesse zu verschlanken und Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten.
- **Privatisierung von Staatsbetrieben:** Staatliche Unternehmen und Beteiligungen müssen weitgehend verkauft werden. Verstaatlichungen dürfen als unzulässiger Übergriff nicht vorkommen.^[23]

- **Dezentraler Einheitsstaat:** Die Länder müssen zu reinen Verwaltungseinheiten umgestaltet und der Bundesrat abgeschafft werden.^[24] Die Zahl der Gemeinden muss durch Zusammenlegungen drastisch reduziert und ihnen mehr Mitbestimmung zugesprochen werden. Die Verankerung der Kammern in der Verfassung muss zugunsten von freiwilliger Interessenvertretung entfernt werden.^[25]

Raus aus der Schuldenfalle durch Einsparungen

Österreich lebt über seine Verhältnisse. Dauerhaft steigende Ausgaben laden den Jungen einen immer schwereren Schuldenrucksack auf. Wir JUNOS fordern klare Einsparungen, generationengerechte Reformen und eine Schuldenbremse im Verfassungsrang.

- **Förderungen neu ordnen:** Förderungen müssen konsequent gestrichen werden, wenn sie nicht nachweislich im öffentlichen Interesse liegen. Doppelgleisigkeiten sind zu beseitigen, bürokratische Zuschüsse ersatzlos abzuschaffen.^[26] Die staatliche Parteienförderung ist radikal zu kürzen.^[27]
- **Keine Inserate mit Steuergeld:** Alle Werbeausgaben der Regierung^[28] und staatlicher Unternehmen müssen ersatzlos gestrichen werden, wo es keine gut begründete Notwendigkeit dafür gibt. Darüber hinaus sind sämtliche staatlichen Ausgaben konsequent auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und im Zweifel einzusparen.
- **Neuverhandlung des Finanzausgleichs:** Der Finanzausgleich muss grundlegend reformiert, Doppelgleisigkeiten beendet und Finanzströme klaren Zuständigkeiten zugeordnet werden.
- **Generationengerechte Pensionsreform:** Das Pensionsantrittsalter muss nachhaltig erhöht werden. Das überholte Umlageverfahren ist durch ein Beitragssystem mit individuellen Pensionskonten zu ersetzen^[29], ergänzend ist eine Aktienpension nach schwedischem Vorbild einzurichten^[30]. Arbeit im Alter und flexible Teilpensionen müssen möglich sein, ohne bestraft zu werden. Alle Sonderregelungen und Privilegien sind sofort abzuschaffen, sämtliche staatlichen Pensionen ins ASVG zu überführen und überhöhte Bezüge nach tatsächlicher Beitragsleistung zu kürzen.^[29]
- **Sozialstaat mit Maß:** Die Sozialhilfe muss bundesweit einheitlich ausgestaltet werden^[15], das Arbeitslosengeld ist degressiv zu gestalten^[17]. Pull-Faktoren im Sozialstaat, die illegale Migration

begünstigen, sind konsequent zu beseitigen.

- **Valorisierung reformieren:** Sozialleistungen und Pensionen dürfen nicht länger automatisch vorab an die Inflation (oder darüber) angepasst werden, sondern müssen künftig erst nach den Lohnverhandlungen erfolgen und sich am Tariflohnindex orientieren. Erwerbsloses Einkommen darf nicht schneller steigen als Arbeitseinkommen.
- **Ausgaben im Zaum halten:** Österreich braucht verbindliche Grenzen für Staatsverschuldung, Ausgaben und Sozialleistungen im Verfassungsrang.^[31] Die Neuverschuldung ist zu stoppen und bestehende Schulden konsequent abzubauen.

^[1] OECD | 21.11.2024 | [Revenue Statistics 2024](#)

^[2] OECD | 30.04.2025 | [Taxing Wages 2025](#)

^[3] Europäische Kommission | 02.07.2025 | [Startups, scaleups and entrepreneurship](#)

^[4] Selektiv | 08.05.2025 | [Sozialstaat um jeden Preis?!](#)

^[5] Financial Times | 21.09.2025 | [In charts: Can Germany afford its €1.35tn welfare state?](#)

^[6] Statistik Austria | [Öffentlicher Schuldenstand](#)

^[7] DiePresse.com | 30.09.2025 | [Defizit stieg im ersten Halbjahr auf 5,3 Prozent der Wirtschaftsleistung](#)

^[8] Selektiv | 18.08.2025 | [Morning in Brief, 18. August 2025](#)

^[9] Eurostat | 17.09.2025 | [Annual inflation stable at 2.0% in the euro area](#)

^[10] Selektiv | 06.06.2025 | [Morning in Brief, 6. Juni 2025](#)

^[11] Statistik Austria | 26.02.2025 | [Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2024 auf Allzeit-Tief gesunken](#)

^[12] Fraser Institute | 25.09.2025 | [Economic Freedom of the World: 2025 Annual](#)

220 [Report](#)

221 [13] [Auf in die digitale Gegenwart](#), beschlossen durch den XVII. Bundeskongress in
222 Wien

223 [14] [Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich](#), beschlossen
224 durch den XXVIII. Bundeskongress in Linz

225 [15] [Ordnung statt Chaos – Zuwanderung mit Plan und Perspektive](#), beschlossen
226 durch den XXX. Bundeskongress in Wien

227 [16] [Zukunft neu bauen! Unsere Bauanleitung für nachhaltig günstiges Wohnen.](#),
228 beschlossen durch den XXVI. Bundeskongress in Wien

229 [17] [Flat Tax – Revolution des Steuersystems](#), beschlossen durch den V.
230 Bundeskongress in Graz

231 [18] [Aufstieg neu denken! Die liberale Arbeitswelt von morgen](#), beschlossen durch
232 den XXVII. Bundeskongress in Klagenfurt

233 [19] [Reform der Gewerbeordnung](#), beschlossen durch den VIII. Bundeskongress in
234 Innsbruck

235 [20] [Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten](#), beschlossen durch den II.
236 Bundeskongress in Wien

237 [21] [Freier Handel für freie Menschen](#), beschlossen durch den XXIX. Bundeskongress
238 in Salzburg

239 [22] [Vereintes Europa – Zukunft in Freiheit](#), beschlossen durch den XVIII.
240 Bundeskongress in St. Pölten

241 [23] [Let's privatise it!](#), beschlossen durch den XX. Bundeskongress in Salzburg

242 [24] [Österreich als dezentraler Einheitsstaat mit Einkammerparlament](#), beschlossen
243 durch den V. Bundeskongress in Graz

244 [25] [Freiwillige Interessensvertretung statt Kammerzwang](#), beschlossen durch den
245 II. Bundeskongress in Wien

- 246 [26] Agenda Austria | 31.07.2025 | [Wir. Streichen. Alles.](#)
- 247 [27] [Programm für eine neue Generation](#), beschlossen durch den XV. Bundeskongress
248 in Wien
- 249 [28] [Vielgeprüftes Österreich. Maßnahmen für eine saubere Politik.](#), beschlossen
250 durch den XXIV. Bundeskongress in Wien
- 251 [29] [Die gerechte Pension](#), beschlossen durch den XII. Bundeskongress in Wien
- 252 [30] [Einführung einer Aktienpension](#), beschlossen durch den XXVI. Bundeskongress
253 in Wien
- 254 [31] [Gefesselter Staat, glückliche Bürger](#), beschlossen durch den XXVIII.
255 Bundeskongress in Linz

ANTRAG

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Tagesordnungspunkt: *14.3 Allgemeine Anträge*

A10: Grenzen abbauen, Zukunft aufbauen: Für ein Ende der Binnengrenzkontrollen

Antragstext

Seit 2015 haben mehrere europäische Staaten an ihren Schengen-Binnengrenzen wieder Kontrollen eingeführt. Neben Österreich zählen dazu Frankreich, Polen, Deutschland, Slowenien, Italien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Schweden.^[1] Was ursprünglich eine kurzfristige Ausnahme sein sollte, ist in vielen Ländern zum Dauerzustand geworden. Dies gefährdet die Grundidee der europäischen Integration: **Reisefreiheit und ein grenzenloser Binnenmarkt.**

Österreich führt seit 2015 Kontrollen an den Grenzen zu Ungarn und Slowenien, sowie seit 2023 an den Grenzen zu Tschechien und der Slowakei durch. Diese Kontrollen verursachen jährliche unmittelbare Kosten zwischen 22,5 Mio. Euro (2020) und 62,6 Mio. Euro (2019). Zusätzlich kostet der Assistenzeinsatz des Bundesheeres jährlich ca. 50 Mio. Euro.^[2] Darüber hinaus erzeugen die Kontrollen erhebliche Verzögerungen bei den Grenzübergängen, verursachen damit erhebliche Kosten für Unternehmen aufgrund von Zusatzkosten durch Lieferverzögerungen, Staus, und Unterbrechungen in Just-in-Time-Lieferketten, und beeinträchtigen insbesondere Pendler:innen auf ihrem täglichen Weg in die Arbeit. Für die EU als Gesamtes bedeuten dauerhafte Kontrollen an den Binnengrenzen ökonomische Schäden in Milliardenhöhe.^[3]

Der Schengener Grenzkodex erlaubt Mitgliedsstaaten in Ausnahmesituationen zeitlich begrenzt Kontrollen an den Binnengrenzen durchzuführen. Von einer Ausnahmesituation kann zehn Jahre nach Einführung der Grenzkontrollen aber keine Rede mehr sein. Die bisherigen Kontrollen haben nur geringe und in den letzten Jahren stark sinkende Aufgriffszahlen geliefert, Schleusungskriminalität lässt sich wirksamer durch **intelligente, mobile Kontrollen im Hinterland**, verstärkte **Polizeikooperation**, und den Ausbau von **Außengrenzschutz & EU-Asylsystem** erreichen.

Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern daher die österreichische Bundesregierung auf, **die Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien, Slowakei, Ungarn, und Slowenien nicht mehr zu verlängern**. Österreich soll sich außerdem auf diplomatischem Weg dafür einsetzen, dass auch andere europäische Länder ihre Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen beenden. Auf europäischer Ebene muss der Fokus stattdessen auf **eine gemeinsame, effektive Kontrolle der Schengen-Außengrenzen** gelegt werden, um Sicherheit und Reisefreiheit gleichermaßen zu garantieren.

^[1]https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en

^[2]<https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf>

^[3]<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/topics/latest-news/2016/februar/end-to-schengen-could-mean-a-dramatic-decline-in-growth-for-europe>